

Die Schweiz hatte zwar keine Kolonien, war aber am Kolonialismus mitbeteiligt und ist durch die Kolonialzeit wirtschaftlich, kulturell und politisch massgeblich geprägt worden. Auch die Verstrickungen Basels in koloniale Beziehungsgeflechte hat das Selbstbild der Basler Gesellschaft über mehrere Generationen hinweg geprägt. Während die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus in den einen Ländern seit mehreren Generationen in Gange ist, hat die Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe in zahlreichen anderen Ländern erst mit den internationalen Protesten der «Black Lives Matter»-Bewegung Auftrieb erhalten. In der Schweiz findet seit über einem Jahrzehnt und seit 2020 in zahlreichen Kantonen verstärkt eine öffentliche Debatte zur eigenen Verwicklung in den weltweiten Kolonialismus statt. Die Stadt Zürich hat im Rahmen des Projektes „Koloniales Erbe Zürich“ mehrere Massnahmen initiiert: So hat die Stadt einen Bericht zur Aufarbeitung der Beteiligung der Stadt am Sklavenhandel in Auftrag gegeben, 2023 gibt es eine öffentliche Ausstellung, es wurden Unterrichtsmaterialien und eine Website erstellt. Im Januar 2023 hat der Landrat einen Kredit für einen Forschungsbericht gesprochen, der die koloniale Vergangenheit im Baselbiet aufarbeiten soll. Auch die Städte Genf, Bern und Neuchâtel haben vergleichbare Massnahmen getroffen. Das Landesmuseum Zürich zeigt 2024 eine Ausstellung.

Aus Sicht der Unterzeichnenden ist es höchste Zeit, dass auch der Kanton Basel-Stadt ein Projekt zur öffentlichen Aufarbeitung des Kolonialismus lanciert und Massnahmen trifft. Basel war schon immer ein zentraler Dreh- und Angelpunkt für Wirtschaft, Handel, Kultur, Religion und Wissenschaften im nationalen und internationalen Kontext. Es gibt zwar verschiedene Studien, die bruchstückartig zur Aufarbeitung beitragen, aber die übergeordnete Frage, was eigentlich das koloniale Erbe dieser Stadt ist, ist nicht geklärt. Dies aufzuarbeiten ist nicht nur für Basel relevant, sondern auch für Länder des globalen Südens, deren eigene Geschichte durch koloniale Verflechtungen mit Basel geprägt worden ist. Aufgrund der intensiven kolonialen Verknüpfungen besitzt Basel viele Sammlungsbestände in Museen und Quellen in privaten und öffentlichen Archiven, die für die Aufarbeitung des Kolonialismus weltweit von Bedeutung sind. Es gilt, durch eine klare Haltung der Transparenz und Zugänglichkeit von Quellen und Wissen dazu beizutragen, dass die Forschung die Verknüpfungen rund um den Kolonialismus aufarbeiten kann.

Anders als in anderen Kantonen sind in Basel-Stadt bereits einzelne Aspekte erforscht worden, und auch die Basler Stadtgeschichte leistet dazu einen gewissen Beitrag. Der Entscheid, dass die kantonalen Museen in Basel-Stadt im neuen Museumsgesetz explizit zur aktiven Provenienzforschung verpflichtet sind und es dafür öffentliche Gelder gibt, ist ein wichtiger Schritt. Aufbauend auf diesen Bestrebungen und zu derer Intensivierung und Unterstützung soll das Projekt als Hauptmassnahme einen kantonalen Bericht in Auftrag geben: Er soll erstens eine Übersicht über die bestehende Forschung zur wirtschaftlichen, politischen, wissenschaftlichen, religiösen und kulturellen Verknüpfung Basels (gesellschaftliche Institutionen, Firmen, Staat, Personen) mit dem Kolonialismus bieten und auf (möglicherweise öffentlich relevante) Forschungslücken hinweisen. Zweitens soll er einen Überblick geben über in Basel vorhandene Sammlungsbestände und Quellen in öffentlichen und privaten Museen und Archiven, mit dem Ziel, diese Wissensressourcen der Welt besser zugänglich zu machen. Er soll drittens Empfehlungen an den Regierungsrat formulieren betreffend einer adäquaten öffentlichen Haltung und allfällige weiteren durch die öffentliche Hand zu treffenden Massnahmen.

Die Auseinandersetzung mit der eigenen lokalen Vergangenheit ist zentral für die Bewohner*innen Basels und für eine zeitgemässe historische und gesellschaftliche Positionierung der Stadt in einer globalisierten Welt. Im Anschluss an den kantonalen Bericht soll das Projekt Massnahmen in der öffentlichen Vermittlung ergreifen, die sich an einem zeitgemässen Standard der Public History orientieren und durch Partizipationsformen heutige Basler*innen mit migrantischen Perspektiven und biografischen Verknüpfungen zum Thema Kolonialismus einbeziehen. Die Projektleitung und Koordination könnte beim Staatsarchiv angesiedelt werden. Es gilt, mit geeigneten Partnern (z.B. Departement für Geschichte, Zentrum für Afrikastudien, Urban Studies der Universität Basel, Hochschule für Soziale Arbeit und/oder PH FHNW) die Massnahmen umzusetzen. Der Einbezug verschiedener Institutionen im Kanton mit Bezug zum Kolonialismus und Zivilgesellschaft sowie der Einbezug von

Stiftungen für (Mit-)Finanzierung einzelner Massnahmen scheint sinnvoll, um eine gemeinsame und für alle zugängliche Aufarbeitung und Auseinandersetzung in Gange zu bringen.

Die Unterzeichnenden bitten daher den Regierungsrat:

1. ein Projekt „Koloniales Basel“ zu lancieren.
2. als Hauptmassnahme des Projektes eine Überblicksstudie zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Basels in Auftrag zu geben.
3. im Anschluss Massnahmen im Bereich öffentliche Vermittlung zu ergreifen, die Aspekte des Berichts für die breite Öffentlichkeit verständlich und zugänglich aufbereiten und damit der Bevölkerung eine Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit Basels ermöglichen.
4. Fachexpertise beizuziehen und dafür einen Projektbeirat mit externen Expert*innen einzurichten, welcher den Kanton beim Projekt von der Definition des Auftrags für die extern zu vergebende kantonale Studie bis zur Umsetzung von allfälligen Empfehlungen und Vermittlungsmassnahmen beräts.

Barbara Heer, Beda Baumgartner, Heidi Mück, Jeremy Stephenson, Brigitte Gysin, Bruno Lötscher, Johannes Sieber, Sandra Bothe-Wenk, Lisa Mathys, Fleur Weibel, Pascal Pfister, Amina Trevisan, Sasha Mazzotti, Luca Urgese